

Tragende Gründe



Gemeinsamer
Bundesausschuss

**zum Beschluss des Gemeinsamen
Bundesausschusses über eine Änderung der
Festzuschuss-Richtlinie (FZ-RL): Anpassung der
Beträge nach § 57 Absatz 1 Satz 6 und Absatz 2
Satz 5 und 6 in den Abstaffelungen nach § 55
Absatz 1 Satz 2, 3 und 5 sowie Absatz 2 SGB V
zum 1. Januar 2019**

Vom 5. Dezember 2018

Inhalt

1.	Rechtsgrundlagen	2
2.	Eckpunkte der Entscheidung.....	2
3.	Bürokratiekostenermittlung	2
4.	Verfahrensablauf	2

1. Rechtsgrundlagen

Der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) bestimmt nach § 56 Absatz 1 SGB V in Richtlinien die zahnmedizinischen Befunde, für die Festzuschüsse zum Zahnersatz nach § 55 SGB V gewährt werden und ordnet den Befunden zahnprothetische Regelversorgungen zu („befundbezogenes Festzuschusssystem“).

Gemäß § 56 Absatz 4 i.V.m. § 57 Absatz 1 und 2 SGB V passt der G-BA jährlich bis zum 30.11. die Höhe der auf die Regelversorgung entfallenden Beträge bei der Versorgung mit Zahnersatz (ZE) an die Ergebnisse der Verhandlungen über den zahnärztlichen ZE-Punktwert und die zahntechnischen Bundesmittelpreise an.

Mit Beschluss vom 14. November 2013 hat der Gemeinsame Bundesausschuss dem Unterausschuss Zahnärztliche Behandlung die Berechtigung übertragen, die Veröffentlichung der Beträge nach § 56 Absatz 4 SGB V zu beschließen.

2. Eckpunkte der Entscheidung

Auf Grundlage der Ergebnisse der diesjährigen Verhandlungen nach § 57 Absatz 1 und 2 SGB V zwischen den jeweiligen Vertragspartnern Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung (KZBV), Spitzenverband Bund der Krankenkassen (GKV-Spitzenverband) und Verband Deutscher Zahntechniker-Innungen (VDZI), wurde die Höhe der auf die Regelversorgung entfallenden Beträge bei der Versorgung mit Zahnersatz mit Wirkung vom 1. Januar 2019 angepasst.

Dabei wurden die zahnärztlichen Leistungen auf Basis des aufgrund der Anhebung des bundeseinheitlichen durchschnittlichen Punktwertes für Zahnersatz entsprechend der Vereinbarung zwischen der KZBV und dem GKV-Spitzenverband ab dem 1. Januar 2019 in Höhe von 0,9297 € (+ 2,64 % ggü. JD 2018) berechnet.

Die Berechnungen für die zahntechnischen Leistungen basieren auf der Vereinbarung der bundeseinheitlichen durchschnittlichen Preise zwischen dem VDZI und dem GKV-Spitzenverband vom 8. Oktober 2018 (Anpassung der BEL II-Preise zum 01.01.2019: + 2,54 %).

Die Kosten für das Verbrauchsmaterial Praxis und die Kosten für die Prothesenzähne wurden analog zur den Veränderungen der Preise der zahntechnischen Leistungen (+2,54 % ggü Jahr 2018) angepasst.

3. Bürokratiekostenermittlung

Durch die im Beschluss enthaltenen Regelungen entstehen keine Informationspflichten für Leistungserbringerinnen und Leistungserbringer im Sinne Anlage II zum 1. Kapitel der VerfO. Daher entstehen auch keine Bürokratiekosten.

4. Verfahrensablauf

Mit Schreiben vom 24. Oktober 2018 hat der VDZI die Geschäftsstelle des G-BA über die mit dem GKV-Spitzenverband am 8. Oktober 2018 getroffene Vereinbarung zur Fortentwicklung der bundeseinheitlichen durchschnittlichen Preise gemäß § 57 Absatz 2 SGB V (zahntechnische Leistungen) mit Wirkung ab dem 1. Januar 2019 informiert.

Mit Schreiben vom 26. November 2018 hat die KZBV die Geschäftsstelle des G-BA über die mit dem GKV-Spitzenverband am 21. November 2018 getroffene Vereinbarung zur Fortentwicklung des bundeseinheitlichen durchschnittlichen Punktwertes gemäß § 57 Absatz 1 SGB V (zahnärztlichen Leistungen) mit Wirkung ab dem 1. Januar 2019 informiert.

Der Unterausschuss Zahnärztliche Behandlung hat für den G-BA gemäß Delegation nach § 3 Absatz 1 Satz 2 Geschäftsordnung (GO) und § 4 Absatz 2 Satz 2 Verfahrensordnung (VerfO) in Verbindung mit Teil C. der Festzuschuss-Richtlinie in seiner Sitzung am 28. September 2018 sowie in einem schriftlichen Abstimmungsverfahren gemäß § 9 Absatz 2 GO beschlossen, die Festzuschuss-Richtlinie entsprechend zu ändern.

Berlin, den 5. Dezember 2018

Gemeinsamer Bundesausschuss
Unterausschuss Zahnärztliche Behandlung
Der Vorsitzende

Prof. Hecken